

02, 08.10.2013 Juni 2013

# Lüdersdorf: Streit um Ackerflächen der Gemeinde eskaliert

## Gemeindevertreter der SPD legt Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen Bürgermeister Erhard Huzel und Ernst Vogler ein.

Von Malte Behnk

Lüdersdorf – Hans-Peter Schulz (SPD), Gemeindevertreter in Lüdersdorf, hat Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen Lüdersdorfs Bürgermeister Erhard Huzel (CDU) und den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Ernst Vogler (CDU), eingelegt. Schulz wirft beiden Amtsmissbrauch sowie Vorteilsnahme im Amt vor.

Der Hintergrund: Die Gemeinde Lüdersdorf besitzt Flächen, die landwirtschaftlich genutzt werden. Die bestehenden Pachtverträge dafür laufen Ende September aus und sollen neu vergeben werden. Das war schon in den Gemeindevertreteritzungen im April und Mai Thema in den nichtöffentlichen Besprechungen. Dabei fiel Hans-Peter Schulz auf, dass sich auf die zu verpachtenden Flächen mit Uwe Harder (Freie Wählergemeinschaft) ein bisheriger Pächter und mit Ernst Vogler ein neuer Interessent für die Pacht bewarben – beide sind Gemeindevertreter.

„Herr Harder wusste, welche seiner Pachtflächen neu vergeben werden sollen. Aber Herr Vogler konnte diese Details eigentlich nicht wissen“, sagt Hans-Peter Schulz. Er habe daraufhin eine Anfrage an das Amt Schönberger Land gerichtet. In der Antwort hieß es unter anderem: „Dem Finanzausschussvorsitzenden, Herrn Vogler, und dem Bürgermeister, Herrn Dr. Huzel, wurde im August 2012 eine Übersicht aller verpachteten Flächen (unter Angabe von Pachtdauer und jährlichem Pachtzins) zur Verfügung gestellt. Ebenfalls Kartenmaterial zu den verpachteten, wie auch unverpachteten Flächen.“

Hans-Peter Schulz: „Solche Details bekommt man als Bürger beim Amt nicht.“ Man könne beim Katasteramt lediglich Flurbezeichnungen und ähnliche Daten erfragen, bekomme aber keine Namen von Besitzern oder Pächtern. Genau diese Daten habe Ernst Vogler aber gehabt, um sein Interesse für die

Pachtflächen bekunden zu können. „Der Bürgermeister hat hier interne Informationen besorgt und sie ausschließlich an seinen Fraktionskollegen weitergegeben.“ Hans-Peter Schulz spricht von Amtsmissbrauch und Vorteilsnahme im Amt. „Das entspricht einfach nicht meiner Rechtsauffassung. Wenn Flächen zur Pacht neu ausstehen, sollten sie für alle örtlichen Interessenten ausgeschrieben werden“, sagt Schulz.

Er hatte mit deutlichem Hinweis auf diese Antwort aus dem Amt für die SPD-Fraktion im April beantragt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, um auch anderen Interessenten Gelegenheit zu geben, sich für die Pachtflächen zu bewerben.



Ernst Vogler

„Zumal die betreffenden Flächen recht klein und damit auch eher für mittlere oder kleinere Landwirtschaftsbetriebe interessant sind“, so Schulz.

Mit zusätzlichen fünf Interessenbekundungen hätte es zu dem Zeitpunkt schon neue Rahmenbedingungen für die Pachtvergabe gegeben und das Thema hätte wieder in die Ausschüsse verwiesen werden müssen. „Aber gegen die SPD-Fraktion hat die CDU-Mehrheit den Tagesordnungspunkt durchgepeitscht, ohne die anderen Interessenten zu berücksichtigen“, so der Sozialdemokrat. Erneut ärgerte er sich dann über das Thema, als ihm das Protokoll der Aprilsitzung zugestellt wurde. „Die zusätzlichen Interessenten sind darin enthalten, aber mein Hinweis auf den besagten Absatz aus der Antwort der Amtsverwaltung fehlt völlig“, sagt Schulz, der das auch in der folgenden Mai-Sitzung monierte. „Es signalisiert doch: Wir haben ein sauberes Protokoll und wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Sein Fraktionskollege Thomas Böhm, der sich eigentlich aus der

Diskussion raushalten möchte, weil er selber Interesse hat, Gemeindeflächen zu pachten, sagt: „Die Protokollierung ist fehlerhaft und tendenziös und die CDU-Mehrheit hat eine Änderung abgelehnt.“ Nach dem jüngsten Beschluss solle es nun eine begrenzte Ausschreibung geben, zu der Vogler und Harder ein Angebot abgeben sollen. „Das hat doch mit einer Ausschreibung nichts zu tun. Das ist einfach nur dummes Zeug“, so Böhm. Zudem sollten die Anträge der weiteren Interessenten im Ausschuss behandelt werden. Dort kam das aber gar nicht zur Sprache weil einerseits die nächste Gemeindevertreteritzung folgte und weil es schon einen Beschluss zu dem Thema gegeben hatte. „Damit war für mich das Maß voll. Ich will das alles rechtlich prüfen lassen“, sagt Hans-Peter Schulz. Am 13. Mai trug er den Fall bei der Unteren Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises vor und legte offiziell Rechtsaufsichtsbeschwerde ein.

Das bestätigt Petra Rappen, die Sprecherin des Landkreises: „Die Kommunalaufsicht des Landkreises hat nach der Information durch den betreffenden Gemeindevertreter vom Amt Schönberger Land unter Einbeziehung des Bürgermeisters der Gemeinde Lüdersdorf im Rahmen des Informationsrechtes eine Stellungnahme bis zum 17. Juni angefordert. Danach erfolgt die formelle Rechtmäßigkeitsprüfung durch die Kommunalaufsicht.“

Erhard Huzel weiß nach eigenen Angaben nichts von einer Beschwerde. „Daher kann ich mich auch inhaltlich nicht dazu äußern. Beschwerden kann sich jeder. Ob etwas dran ist, wird sich zeigen. Manche Leute machen so etwas und bezeichnen das als Wahlkampf.“

### Langer Streit

Das Verhältnis der Lüdersdorfer SPD-Fraktion zu CDU-Bürgermeister Erhard Huzel, es ist wahrlich nicht das beste. Zuletzt war der Streit vor einem Jahr eskaliert, als es um eine Schranke vor einer Waldeinfahrt in der Gemeinde ging. Die SPD-Fraktion hatte dem Bürgermeister unrechtmäßiges Verhalten vorgeworfen, nachdem die Schranke dort aufgestellt worden war, und seinen Rücktritt gefordert. Am Ende der Diskussion stand eine Entschuldigung der Sozialdemokraten und die Erkenntnis, dass keine Seite wirklich etwas erreicht hat.

Dienstag, 11. Juni 2013 13

SCHÖNBERG  
DASSOW, LÜDERSDORF



OSTSEE-ZEITUNG

☎ 038 828 / 55 60

oder 03 881 / 78 78 860

Fax: 03 881 / 78 78 868

Leserservice: 01 802 - 381 365

## Erhard Huzel zieht Strafanzeige in Erwägung

Lüdersdorf – Der Lüdersdorfer Bürgermeister Erhard Huzel (CDU) wehrt sich vehement gegen die Vorwürfe des Gemeindevertreters Hans-Peter Schulz (SPD), geheime Informationen der Gemeinde an Dritte weitergegeben zu haben. Konkret geht es um Daten zu aktuellen Pachtverträgen, die neu vergeben werden sollen. „Ich kann nur betonen, dass nichts an diesen Vorwürfen dran ist.“ Wenn es bei Schulz Vorwürfen bleibe, stelle er Strafanzeige, kündigt der Bürgermeister an. Wie berichtet, hat Schulz beim Landkreis Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen Huzel eingelegt. Der SPD-Gemeindevertreter wirft dem Bürgermeister Amtsmissbrauch sowie Vorteilsnahme im Amt vor. Es ist nicht die erste



Hans-Peter Schulz, Gemeindevertreter

Der Bürgermeister hat interne Informationen besorgt und sie ausschließlich an seinen Fraktionskollegen weitergegeben.“



Erhard Huzel, Bürgermeister

Ich weiß nichts von einer Beschwerde. Manche Leute machen so etwas und bezeichnen das als Wahlkampf.“